



10. November 1990
10. Jahrgang, S. 242 – 271
ISSN 0177-1868

11

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	242
Dritthaftung des Unternehmensberaters	243
– Verschulden bei Vertragsverhandlungen	
– Sachkunde und Vertrauenswerbung	
(BGH Urt.v. 3.4.1990 – XI ZR 206/88)	
Haftung des Steuerberaters	247
– Fristversäumnis	
– Mitverschulden des Mandanten	
– Anmerkung	
(OLG Hamm Urt.v. 6.4.1990 – 25 U 245/88)	
Versicherungsschutz	251
– Serienschaden	
(OLG Köln Urt.v. 15.2.1990 – 5 U 212/89)	
Haftung des Steuerberaters	256
– Schutzwirkung zugunsten des Sohnes des Mandanten	
– Verjährungsbeginn § 68 StBerG	
(OLG München Urt.v. 1.6.1990 – 14 U 843/89)	
Haftung des Steuerberaters	261
– Ungefragte Belehrungspflicht	
– Umsätze eines Imbißstandes	
(OLG Stuttgart Urt.v. 23.2.1990 – 2 U 296/88)	

GI Leitsätze

Nachvertragliches Wettbewerbsverbot

Ein gesellschaftsvertragliches Wettbewerbsverbot für einen kündigenden Gesellschafter einer GmbH kann auf den Fall der vorzeitigen Niederlegung seines Geschäftsführeramtes unter Beibehaltung seiner Gesellschaftserstellung ausgedehnt werden.

(BGH Urt.v.16.10.1989 – II ZR 2/89 = DB 1990, 213)

Geschäftsführer einer Steuerberatungsgesellschaft / Rechtsbeistand

Der Aufnahme eines Rechtsbeistandes in die Rechtsanwaltskammer steht seine Tätigkeit als Geschäftsführer einer Steuerberatungsgesellschaft nicht entgegen (§§ 209, 7 Nr. 8 BRAO).

(BGH Beschl.v.4.12.1989 – AnwZ (B) 56/89 = BRAK-Mitteilung 1990, 114)

Pflichten des GmbH-Liquidators

Der Fristbeginn für die Erstellung der letzten Jahresabschlußbilanz der verbenden Gesellschaft erfolgt nicht erst mit der Bestellung zum Liquidator; vielmehr tritt der Liquidator auch insofern in die Pflichten des bisherigen Geschäftsführers ein.

(Bay. OLG Urt.v.31.1.1990 – RReg. 3 St 166/89 = DB 1990, 678)

Honorar/unbrauchbares Gerichtsgutachten

Bei einem unbrauchbaren Sachverständigengutachten ist der Entschädigungsanspruch nur dann ausgeschlossen, wenn der Sachverständige die Unbrauchbarkeit pflichtwidrig grob fahrlässig verursacht hat.

(OLG Düsseldorf Beschl.v.14.12.1989 – 10 W 109/89 = MDR 1990, 453)

Firma einer EWIV

Die Firma der EWIV kann als Personenfirma, als Sachfirma und als gemischte Firma gebildet werden.

(AG München Beschl.v.13.12.1989 – II AR 4138/89 = BB 1990, 160)

Zulassung zum WP-Examen / Vorstrafen

Ist ein Bewerber wegen Steuerhinterziehung in eigener Sache rechtskräftig verurteilt worden, so kann die Zulassung zur Prüfung als WP/vBP gem. §§ 10 Abs. 2 Nr. 2, 131 Abs. 4 WPO versagt werden.

(Bay.VG München, Urt.v.17.1.1990 – M 16 K 89.2629 = WPK-Mitt. 1990, 161)

Dritthaftung des Unternehmensberaters

– Verschulden bei Vertragsverhandlungen

– Sachkunde und Vertragsverhandlungen

(BGH Urt.v. 3.4.1990 – XI ZR 206/88 = WM 1990, 966)

Leitsätze:

1. Ein Unternehmensberater, der die Geschäftsführung eines sanierungsbedürftigen Unternehmens übernimmt und bei Vertragsverhandlungen, die er als Vertreter des Unternehmens mit dritten führt, auf seine früheren Sanierungserfolge hinweist, kann damit besonderes persönliches Vertrauen in Anspruch nehmen und deswegen bei Pflichtverletzungen selbst aus Verschulden bei Vertragsverhandlungen haften.
2. Ein Unternehmenssanierer, der bei Kreditverhandlungen besonderes persönliches Vertrauen für sich in Anspruch nimmt, darf dem Verhandlungspartner Umstände, die seine Eignung für die Sanierungsaufgabe in Frage stellen (Vorstrafe wegen Betrugs, eidesstattliche Versicherung nach § 807 ZPO, Fälschung von Dienstzeugnissen), nicht verschweigen.

Leitsatz (d.Verf.):

Der Hinweis auf die nötige Sachkunde begründet noch nicht die Eigenhaftung des Vertreters. Dieser muß zusätzlich den Eindruck vermitteln, er werde persönlich die ordnungsgemäße Abwicklung des Geschäfts selbst dann gewährleisten, wenn der Auftraggeber dem Geschäftspartner nicht oder nur wenig vertraut.

Aus den Gründen:

.....

2. Geht man von dem Vortrag der Klägerin aus, so steht ihr gegen den Beklagten zu 2 ein Schadenersatzanspruch wegen Verschuldens bei den Vertragsverhandlungen über das Darlehen zu.
- a) Der Beklagte zu 2 führte die Darlehensvertragsverhandlungen mit der Klägerin als Vertreter der H. Werden **Vertragsverhandlungen von einem Vertreter** geführt, so richten Schadenersatzansprüche wegen Verschuldens bei Vertragsverhandlungen sich grundsätzlich nach § 278 BGB gegen den Vertretenen und nicht gegen den Vertreter. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs kann ausnahmsweise jedoch auch ein Vertreter aus Verschulden bei Vertragsverhandlungen persön-

lich haften, wenn er entweder dem Vertragsgegenstand besonders nahesteht und bei wirtschaftlicher Betrachtung gleichsam in eigener Sache handelt oder wenn er gegenüber dem Verhandlungspartner in besonderem Maße persönliches Vertrauen in Anspruch genommen und dadurch die Vertragsverhandlungen beeinflusst hat (BGHZ 56, 81 [83 ff] = WM 1971, 592; 63, 382 = WM 1975, 309; 88, 67 [68 ff] = WM 1983, 950; Urteile v. 9.10.1986 = WM 1987, 77 [78]; v. 11.10.1988 = WM 1988, 1888 [1889]; Senatsurteile v. 3.10.1989 = WM 1989, 1715 [1716 ff]; vom 17.10.1989 = WM 1989, 1923). Eine die persönliche Haftung des Vertreters begründende Inanspruchnahme besonderen persönlichen **Vertrauens liegt nicht schon dann vor, wenn diese über die für seine Tätigkeit erforderliche Sachkunde verfügt und darauf hinweist** (BGHZ 88, 67 [69 ff] = WM 1988, 950; Senatsurteile v. 3. und 17.10.1989 je aaO). Erforderlich ist vielmehr, daß er dem Kunden zusätzlich in zurechenbarer Weise **den Eindruck vermittelt, er werde persönlich mit seiner Sachkunde die ordnungsgemäße Abwicklung des Geschäfts selbst dann gewährleisten, wenn der Kunde dem Geschäftsherrn nicht oder nur wenig vertraut** (Senatsurteil v. 3.10.1989 aaO).

Im vorliegenden Fall ist der Beklagte zu 2 als Unternehmensberater mit der Aufgabe, das Unternehmen zu sanieren, tätig geworden. Er hat die laufenden Geschäfte geführt und ein Sanierungskonzept ausgearbeitet. Ein mit der Sanierung beauftragter **Unternehmensberater** nimmt jedenfalls dann, **wenn er die Geschäftsführung des sanierungsbedürftigen Unternehmens übernimmt**, typischerweise **persönliches Vertrauen** in Anspruch. Das gilt zum einen im Hinblick auf seine außerordentlichen unternehmerischen Fähigkeiten, weil er sich anheischig macht, das Unternehmen aus den Schwierigkeiten zu führen, die die bisherige Unternehmensleitung nicht zu bewältigen vermochte. Dasselbe gilt aber auch hinsichtlich seiner persönlichen Zuverlässigkeit, weil diese in den Augen aller Beteiligten unabdingbare Voraussetzung dafür ist, das in der Regel bereits erschütterte oder zumindest gefährdete Vertrauen zu dem sanierungsbedürftigen Unternehmen wiederherzustellen oder zu festigen. Insbesondere für diejenigen, die bisher nicht mehr bereit waren, dem Unternehmen Kredite zu gewähren, **kommt es bei der Entscheidung über die Einräumung neuen Kredits wesentlich auf das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und persönliche Integrität des Sanierers an**. Im vorliegenden Fall kommt hinzu, daß der Beklagte zu 2 durch den Hinweis auf seine bisherigen angeblichen Sanierungserfolge in besonderem Maße persönliches Vertrauen für sich in Anspruch genommen hat. Er hat sich nach dem Vortrag der Klägerin ihr gegenüber **als erfolgreicher Unternehmenssanierer ausgegeben**. **Außerdem muß er im Verhältnis zu ihr die noch weitergehende Schilderung seiner angeblichen Sanierungserfolge, die er gegenüber ihrem Ehe-**

mann abgegeben hatte, gegen sich gelten lassen, weil er damit rechnen mußte, daß sie von ihrem Mann darüber unterrichtet worden war. Auf der Grundlage des Vortrags der Klägerin ist daher davon auszugehen, daß der Beklagte zu 2 bei den Darlehensverhandlungen mit der Klägerin besonderes persönliches Vertrauen für sich in Anspruch genommen hat. Dadurch hat er nach dem Vorbringen der Klägerin die Vertragsverhandlungen und deren Ergebnis entscheidend beeinflußt, weil die Klägerin ihm – im Gegensatz zu ihrem Ehemann – eine Sanierung des Unternehmens zutraute und in seinen besonderen Fähigkeiten eine gerade von ihm persönlich ausgehende Gewähr für Bestand und Erfüllung des Darlehensvertrages sah. Dem steht nicht entgegen, daß die Klägerin der H. das Darlehen langfristig und ohne kalendermäßig festgelegte Tilgungsregelung zur Verfügung gestellt hat, während die Tätigkeit des Beklagten zu 2 als Sanierer der H. ungeachtet der im Beratungsvertrag vom 10./14. 2. 1984 enthaltenen Verlängerungsmöglichkeit insgesamt nur für einen begrenzten Zeitraum vorgesehen war. Nach dem Vortrag der Klägerin waren Bestand und Erfüllung eines etwaigen Darlehensvertrages in ihren Augen allein durch die damalige Krise der H. gefährdet. Für sie bot der Beklagte zu 2 daher dadurch, daß er diese Krise zu überwinden versprach, **die Gewähr für Bestand und Erfüllung des Darlehensvertrages**. Die Klägerin hat daher dargetan, daß ihr gegenüber bei den Verhandlungen über die Darlehensgewährung nicht nur der Beklagten zu 1, sondern auch dem Beklagten zu 2 vorvertragliche Verhaltenspflichten oblagen.

- b) Diese vorvertraglichen Pflichten hat der Beklagte zu 2 nach dem Vortrag der Klägerin verletzt. Dabei kommt es auf die umstrittene Frage, ob er bei der Unternehmensleitung schwerwiegende Fehler begangen hat und für den Mißerfolg der Sanierung verantwortlich war, nicht entscheidend an. Sollte der Beklagte zu 2 gegenüber der Klägerin persönliches Vertrauen für sich in Anspruch genommen haben, so wäre er **verpflichtet gewesen, auf die negativen Umstände in seiner Vergangenheit hinzuweisen**. Es war für ihn erkennbar, daß diese Umstände für die Entschließung der Klägerin über die Darlehensgewährung eine entscheidende Rolle spielen konnten. Der Annahme einer **Offenbarungspflicht** des Beklagten zu 2 steht das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 17.3.1954 (LM BGB § 276 [Fb] Nr. 1) nicht entgegen. In dem genannten Urteil wurde eine Pflicht zur Offenbarung von Verfehlungen, die mit dem vertraglich übernommenen Pflichtenkreis in keinem unmittelbaren Zusammenhang standen, verneint. Im vorliegenden Fall geht es hingegen mit einer rechtskräftigen Verurteilung wegen Betrugs, der Ablegung der eidesstattlichen Versicherung und der Zeugnisfälschung um Punkte, die den

Beklagten zu 2 für die Tätigkeit als Unternehmenssanierer und damit auch für die Rolle eines Garanten für die Sicherheit des in Aussicht genommenen Darlehens der Klägerin an die H. von vornherein ungeeignet erscheinen ließen. Darüber mußte er die Klägerin aufklären, als er ihr persönliches Vertrauen in Anspruch nahm.

- c) Die Pflichtverletzung des Beklagten zu 2 war nach dem Vorbringen der Klägerin ursächlich für den ihr entstandenen Schaden. Ihr Darlehen an die H. ist unstreitig verloren. Nach ihrer Behauptung hätte sie zum einen der H. das Darlehen ohne das Hinzutreten des Beklagten zu 2 unter keinen Umständen gewährt und zum anderen auch dann von der Hingabe des Darlehens abgesehen, wenn sie erfahren hätte, daß der Beklagte zu 2 Dienstzeugnisse gefälscht hatte, wegen Betrugs vorbestraft war und die eidesstattliche Versicherung geleistet hatte.
3. Da der Beklagte zu 2 das anspruchsbegründende Vorbringen der Klägerin bestreitet und insbesondere in Abrede stellt, mit ihr vor der Hingabe des Darlehens überhaupt Verhandlungen geführt zu haben, kommt es für die Begründetheit des gegen ihn gerichteten Klageanspruchs darauf an, wessen Darstellung zutrifft. Dazu hat das Berufungsgericht bisher keine Feststellungen getroffen. Das wird bei der erneuten Prüfung der Sache durch das Berufungsgericht nachzuholen sein. Sollte dabei eine Aufklärungspflichtverletzung des Beklagten zu 2 festgestellt werden, so käme es weiter auf die Frage der **Ursächlichkeit der Pflichtverletzung** für den Schaden der Klägerin an. In diesem Zusammenhang weist der Senat darauf hin, daß der wegen unterlassener Beratung oder Aufklärung in Anspruch Genommene für das Verhalten der Gegenpartei im Falle zutreffender Beratung oder Aufklärung dann die Beweislast trägt, **wenn es für diese nur eine bestimmte Möglichkeit „aufklärungsrichtigen“ Verhaltens gab** (Senatsurteil vom 19.12.1989 = BB 1990, 515 [516] m.w.Nachw.).
4. Vom Ergebnis der weiteren Sachaufklärung durch das Berufungsgericht hängt es auch ab, ob Ansprüche der Klägerin gegen den Beklagten zu 2 nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 263 StGB oder nach § 826 BGB in Betracht kommen. Ansprüche nach den genannten Vorschriften hängen allerdings hinsichtlich des subjektiven Tatbestands von weitergehenden Voraussetzungen ab als ein Anspruch wegen Verschuldens bei Vertragsverhandlungen. Vorsatz ist jedoch nur für alle Tatbestandsmerkmale des § 263 StGB erforderlich; **bei § 826 BGB kann für die Annahme sittenwidrigen Handelns ein leichtfertiges und gewissenloses Verhalten genügen** (Senatsurteil vom 3.10.1989 = WM 1989, 1715 [1717] m.w.Nachw.).

Haftung des Steuerberaters

- Fristversäumnis
 - Mitverschulden des Mandanten
 - Anmerkung
- (OLG Hamm Urt.v. 6. 4. 1990 – 25 U 245/88)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Einspruchsfristen haben nicht im privaten Terminbuch des Mitarbeiters, sondern im Terminbuch der Kanzlei zu erfolgen.
2. Weiß der Steuerberater nicht, wann der Steuerbescheid beim Mandanten eingegangen ist, muß er vom ungünstigsten Fall ausgehen.
3. Ist der Mandant der Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung nicht nachgekommen, so daß es zu dem Schätzungsbescheid kam, so kann hierin kein Mitverschulden des Mandanten erblickt werden.

Aus den Gründen:

Der Beklagte ist vom Kläger beauftragt worden, rechtzeitig gegen den Steuerbescheid vom 2. 8. 1984 Einspruch einzulegen. Unstreitig hat der Beklagte die Rechtsbehelfsfrist, die am 3. 9. 1984 ablief, nicht eingehalten. Der erst am 5. 9. 1984 eingelegte Einspruch war verspätet. Das durchgeführte Verfahren auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist erfolglos geblieben.

Entgegen der Auffassung des Landgerichts beruht die verspätete Einlegung des Einspruchs auf einer Pflichtwidrigkeit des Beklagten. Die Fristversäumnung stellt die häufigste Ursache für Regreßansprüche dar (vgl. Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl., Rdnr. 179). Ein Steuerberater ist daher grundsätzlich verpflichtet, besonders sorgfältig den Ablauf einer Rechtsbehelfs- bzw. Rechtsmittelfrist festzulegen und zu überprüfen. Dieser Pflicht ist der Beklagte bzw. sein für ihn tätiger Angestellter nicht ordnungsgemäß nachgekommen. Es mag dahingestellt bleiben, ob die ablaufende Frist ordnungsgemäß für den 3. 9. 1984 zunächst vorgemerkt worden ist, wie es der Beklagte in dem Wiedereinsetzungsverfahren gegenüber dem Finanzamt behauptet hat und die Frist nur deshalb nicht eingehalten werden konnte, weil der Mitarbeiter des Beklagten, Herr R., sein persönliches Terminbuch mit in den Urlaub genommen hat und infolge eines Unfalls nicht rechtzeitig auf die ablaufende Frist durch Anruf im Büro hat hinweisen können. Diese Einlassung würde den Beklagten nicht ent-

schuldigen, **da der vorgemerkte Termin im Terminbuch der Kanzlei und nicht im privaten Terminbuch des Mitarbeiters des Beklagten hätte eingetragen werden müssen.** Mit dieser Begründung ist auch die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand abgelehnt worden. Selbst wenn man zugunsten des Beklagten davon ausgeht, daß im Terminbuch nicht eine Frist zum 3. 9. 1984, sondern zum 5. 9. 1984 eingetragen war, so entlastet dies den Beklagten nicht. Er kann sich insbesondere nicht darauf berufen, daß nach § 122 AO ein schriftlicher Verwaltungsakt, der durch die Post übermittelt wird, erst am dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als „bekanntgegeben“ gilt. Da der Kläger dem Beklagten den Postumschlag nicht überreicht hatte, war für ihn offen, ob der Steuerbescheid vom Finanzamt lediglich im Sinne des § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO übermittelt worden oder ob entsprechend § 122 Abs. 5 AO eine förmliche Zustellung erfolgt ist. Der Beklagte erkennt insoweit, **daß der Kläger dem Beklagten den Auftrag zur Einlegung des Einspruchs so rechtzeitig erteilt hatte, daß die Frist ohne weiteres hätte gewahrt werden können.** Der Kläger als Laie brauchte nicht damit zu rechnen, daß der Beklagte den Einspruch erst an dem von ihm errechneten letzten Tag der Rechtsbehelfsfrist einlegen würde. Nach allgemeiner Meinung ist ein Steuerberater bzw. ein Rechtsanwalt zwar berechtigt, mit der Einlegung eines Rechtsbehelfs bzw. des Rechtsmittels bis zum letzten Tag der Frist zu warten; in einem solchen Fall treffen ihn aber besondere Sorgfaltspflichten. Unterläßt er die genaue Überprüfung, in welcher Weise und wann der Steuerbescheid dem Mandanten zugegangen ist, so muß er für den Lauf der Frist den ungünstigsten Fall annehmen, d. h. als Fristablauf muß der Tag vorgemerkt werden, an dem die Frist frühestens ablaufen kann (vgl. Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 3. Aufl., Rdnr. 218).

Auf **ein Mitverschulden des Klägers** kann der Beklagte sich nicht berufen. Wie bereits ausgeführt, **brauchte dieser nicht damit zu rechnen, daß der Beklagte mit der Einlegung des Einspruchs bis zum letzten Tag des Ablaufs der Frist warten würde.** Dazu bestand aus der Sicht des Klägers kein Anlaß: Das Einspruchsverfahren löst keine weiteren Verfahrenskosten aus, so daß der Beklagte den Einspruch ohne weiteres sofort einlegen konnte. Falls es ihm nicht möglich gewesen sein sollte, den Einspruch sofort zu begründen, so hätte er bei der Einlegung des Einspruchs darauf hinweisen und um eine entsprechende Frist bitten können. Im übrigen gilt auch im vorliegenden Fall der allgemeine Grundsatz, daß ein Steuerberater sich auf ein Mitverschulden des Mandanten nicht berufen kann, wenn er von dem Mandanten gerade als Fachmann für diese Angelegenheit hinzugezogen worden ist.

Entgegen der Auffassung des Beklagten kann ein **Mitverschulden des Klägers auch nicht in dem dem Steuerbescheid vorausgegangenem Verhalten des Klägers gesehen werden.** Es ist zwar unstreitig, daß der Kläger seine Steuererklärung mit den entsprechenden Unterlagen nicht rechtzeitig dem Finanzamt vorgelegt hat und aus diesem Grund die Steuerschuld durch den Steuerbescheid vom 2. 8. 1984 geschätzt werden mußte. **Dieses Versäumnis des Klägers ist aber für den eingetretenen Schaden nicht unmittelbar kausal geworden, da bei rechtzeitigem Einspruch entsprechend dem Auftrag des Klägers die Steuerschuld nicht auf der Basis der zunächst vorgenommenen Schätzung, sondern nach den tatsächlichen Umständen und insbesondere nach der von dem Beklagten selbst gefertigten Steuererklärung bemessen worden wäre.**

Ein **Mitverschulden** des Klägers kann auch nicht darin gesehen werden, daß der Kläger nicht nochmals einen **Erlaßantrag gestellt hat.** Insofern ist von Bedeutung, daß der ursprünglich gestellte Erlaßantrag des Beklagten von diesem selbst zurückgenommen worden ist, obgleich allgemein anerkannt ist, daß der Erlaßantrag bereits vor der unanfechtbaren Festsetzung der Steuer gestellt werden kann und der Billigkeitsantrag und die Einlegung eines Rechtsbehelfs sich nicht einander ausschließen (BfH Bundessteuerblatt II 1969, 92; Tipke-Kruse § 227 AO, RdzF. 22 und 74; Koch, AO, 3. Aufl., § 227 Rdnr. 74). Im übrigen hat der Kläger am 27. 6. 1986 nochmals einen Erlaßantrag gestellt, der durch Bescheid vom 29. 7. 1988 abgelehnt worden ist. Im übrigen gilt auch insoweit der bereits zitierte Grundsatz, daß der Beklagte als Fachmann dem Kläger als Laien nicht vorwerfen kann, er hätte einen weiteren Erlaßantrag stellen können, wenn er seinerseits einen entsprechenden Rat und Hinweis nicht gegeben hat.

Der in der Berufungsinstanz erstmals vertretene Auffassung des Beklagten, **der Steuerbescheid vom 2. 8. 1984 sei wegen fehlerhafter Schätzung nichtig,** kann seitens des Senats nicht gefolgt werden. Der Bundesfinanzhof hat zwar mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß Schätzungen vom Finanzamt sorgfältig vorzunehmen und alle bekannten Umstände zu berücksichtigen sind. Eine fehlerhafte Schätzung des Finanzamts würde aber grundsätzlich nur dazu führen, daß der Steuerbescheid im Einspruchsverfahren bzw. im Falle einer Anfechtungsklage abzuändern ist. Eine Nichtigkeit könnte nur dann angenommen werden, wenn die Mängel der Schätzung so erheblich wären, daß die Nichtigkeit des Verwaltungsaktes für jedermann erkennbar wäre. Dies wird von dem Beklagten selbst nicht behauptet und würde auch im Widerspruch zu seinem eigenen Verhalten stehen. Unstreitig hat der Beklagte den Kläger damals auf eine Nichtigkeit des Steuerbescheides nicht hingewiesen, sondern lediglich versucht, im Wege eines Wiedereinsetzungsverfahrens bzw. durch einen

Erlaßantrag die Bestandskraft des Steuerbescheides zu beseitigen. Jedenfalls kann der Beklagte dem Kläger unter diesen Umständen nicht vorwerfen, er hätte eine Nichtigkeit des Steuerbescheides erkennen können und entsprechend anders verfahren müssen.

Der dem Kläger durch die Versäumung der Einspruchsfrist entstandene **Schaden** beträgt mindestens 18.452,40 DM. Aus der von dem Beklagten selbst gefertigten Steuererklärung ergibt sich, daß die in dem Steuerbescheid vom 2.8.1984 festgesetzten Steuern in Höhe von 17.668,- DM nicht angefallen wären, wenn der Bescheid nicht bestandskräftig geworden wäre. Bei rechtzeitiger Einlegung des Einspruchs wären nicht nur die Steuern in Höhe von 17.668,- DM entfallen, sondern dem Beklagten hätte sogar ein Erstattungsanspruch in Höhe von 2.154,75 DM zugestanden. Soweit der Beklagte die seiner Steuererklärung zugrundeliegenden Beträge bestreitet, ist dies nicht hinreichend substantiiert. Der Kläger hat sämtliche Unterlagen, die dem Beklagten damals bei der Erstellung der Steuererklärung vorlagen, zu den Gerichtsakten überreicht, so daß eine konkrete Überprüfungsmöglichkeit bestand. Unter diesen Umständen hätte der Beklagte im einzelnen angeben müssen, welche Beträge von ihm weiterhin bestritten werden sollen.

Unberechtigt ist ein Betrag von 100,- DM, den das Finanzamt in dem Schätzungsbescheid als **Verspätungszuschlag** festgesetzt hat. Dieser Zuschlag wäre auch im Falle eines rechtzeitigen Einspruchs bestehen geblieben, weil er darauf beruht, daß der Kläger die Steuererklärung nicht rechtzeitig abgegeben hatte. Unstreitig sind die Kosten in Höhe von 766,40 DM, die durch das erfolglose gerichtliche Wiedereinsetzungsverfahren entstanden sind, und zwar 322,40 DM beim Finanzgericht und weitere 444,- DM für das Beschwerdeverfahren beim Bundesfinanzhof.

Anmerkung:

Ob die Ablehnung eines Mitverschuldens des Mandanten richtig entschieden wurde, erscheint fraglich: Der Mandant hat durch eigenes Verhalten den Schätzungsbescheid verursacht. Er war gem. § 149 AO zur fristgerechten Abgabe der Steuererklärung verpflichtet. Sein nachlässiges Verhalten bei der Erledigung eigener Angelegenheit führte zu dem ihn belastenden Steuerbescheid. Der Schaden war damit bereits entstanden. Die Versäumung der Einspruchsfrist stellt einen weiteren Fehler dar.

Versicherungsschutz

– Serienschaden

(OLG Köln Urt.v. 15. 2. 1990 – 5 U 212/89 – nicht rechtskräftig)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Die fehlerhafte Beurteilung einer Steuerfrage – Einordnung von Einkünften und Gewerbesteuerpflicht – begründet **einen Verstoß** im Sinne der AVB-Vermögensschaden. Dies gilt auch dann, wenn die Fehlbeurteilung fortlaufend in den Jahressteuererklärungen Eingang findet.
2. Die nicht korrigierte Fehlbeurteilung führt „gradlinig“ zum Gesamtschaden.
3. Auch bei der Annahme nur eines Verstoßes sind die Mindestdeckungssummen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung angemessen und ausreichend.
4. Die fehlerhafte Beurteilung einer Steuerfrage, die in mehreren Steuererklärungen fortlaufend Eingang findet, stellt auch nur **einen Schaden** – Serienschaden – im Sinne § 3 Abs. 2 Zif. 2 b AVB Vermögensschaden dar. Es wird ein einheitlicher Gesamtschaden verursacht, der durch die Außenprüfung entsteht.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger begehrt von der Beklagten Leistungen aus einer bei ihr unterhaltenen Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung, der die Allgemeinen Bedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Angehörigen der wirtschaftsprüfenden sowie wirtschafts- und steuerberatenden Berufe (AVB-WT I) zugrundeliegen. Diese enthalten in § 3 Nr. II 2 folgende Bestimmung:

„Die Versicherungssumme – bei den Sachschäden im Sinne von § 1 II b) jedoch nur 1/4 – stellt den Höchstbetrag der dem Versicherer – abgesehen vom Kostenpunkte (s. Ziff. 7) – in jedem einzelnen Schadenfalle obliegenden Leistung dar, und zwar mit der Maßgabe, daß nur eine einmalige Leistung der Versicherungssumme in Frage kommt:

- a) gegenüber mehreren entschädigungspflichtigen Personen, auf welche sich der Versicherungsschutz erstreckt,
- b) bezüglich eines aus mehreren Verstößen stammenden einheitlichen Schadens,
- c) bezüglich sämtlicher Folgen eines Verstoßes.

Dabei gilt mehrfaches, auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitlicher Verstoß, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.“

Die Versicherungssumme war vom Kläger jeweils entsprechend den für ihn geltenden Standesrichtlinien angepaßt worden und betrug zuletzt DM 100.000 DM je Schadenfall.

Von 1970 bis 1980 war er für eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts tätig, in der sich Innenarchitekten zusammengefunden hatten. Die Gesellschaft befaßt sich auch mit der Planung von Inneneinrichtungen für O-Fachgeschäfte und handelte in den Jahren 1972 bis 1980 in geringem Umfang auch mit Ladeneinrichtungszubehör. Der Kläger wies in den Jahressteuererklärungen die gesamten Einkünfte der Gesellschaft bürgerlichen Rechts als solche aus selbständiger, freiberuflicher Tätigkeit ihrer Gesellschafter aus. Anlässlich einer Betriebsprüfung des Finanzamtes im Jahre 1980 vertrat dieses die Auffassung, daß angesichts der – wenn auch geringen – gewerblichen Umsatzgeschäfte die gesamte Tätigkeit der GbR als gewerblich einzustufen sei und ihre Einkünfte daher der Gewerbesteuerpflicht unterlägen. Dementsprechend erließ es für die Jahre 1972 bis 1980 Gewerbesteuerbescheide, deren Rechtmäßigkeit mit Ausnahme des Bescheides für 1972, der wegen Verjährung aufgehoben wurde, im finanzgerichtlichen Verfahren mit der Begründung festgestellt worden ist, entsprechend der ständigen Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs und des Bundesfinanzhofs sowie der überwiegenden Auffassung der steuerrechtlichen Literatur sei die gesamte Betätigung einer Personengesellschaft als Gewerbebetrieb anzusehen, sofern sie überhaupt eine gewerbliche Tätigkeit ausübe, ohne daß es auf den Umfang dieser Tätigkeit im Verhältnis zu der sonstigen Tätigkeit der Gesellschaft ankomme.

Aufgrund dieses Urteils wurde der Kläger auf Schadenersatz in Anspruch genommen und verurteilt.

Der Kläger hat daraufhin von der Beklagten die Gewährung von Versicherungsschutz aus der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung verlangt. Diese zahlte insgesamt DM 100.000 aus und übernahm die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten des Klägers im Haftpflichtprozeß. Weitergehende Leistungen lehnte sie mit der Erklärung ab, daß nach den Versicherungsbedingungen im vorliegenden Fall die vereinbarte Versicherungssumme nur einmal zu zahlen sei. Der Kläger hat in der ersten Instanz gegen die beklagte Haftpflichtversicherung obsiegt.

Aus den Gründen:

Die in formeller Hinsicht bedenkenfreie Berufung ist begründet.

Entgegen der Auffassung des Landgerichts stehen dem Kläger aus der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung über die von der Beklagten bereits erbrachten Leistungen hinaus keine weiteren Leistungen mehr zu. Die Beklagte ist nur zur einmaligen Erbringung der vereinbarten Versicherungssumme von 100.000 DM verpflichtet.

1. Dies folgt bereits aus § 3 Nr. II 2 c, 1. Alternative AVB-WT1. Danach kommt nur eine einmalige Leistung der Versicherungssumme in Frage, wenn **nur ein Verstoß** vorliegt. Wie im Haftpflichtprozeß zwischen den Gesellschaftern der GbR und dem Kläger mit bindender Wirkung für den vorliegenden Deckungsprozeß (vgl. zur Bindungswirkung Prölss/Martin, VVG, 24. Aufl., Anm. 5 C zu § 149) festgestellt worden ist, hat der Kläger dadurch gegen seine Pflichten aus dem Vertrag mit der GbR verstoßen, daß er es unterlassen hat, die GbR darauf hinzuweisen, daß aufgrund der getätigten Umsatzgeschäfte mit Einrichtungsgegenständen für O-Fachgeschäfte die gesamten Einkünfte, auch soweit sie aus der freiberuflichen Tätigkeit ihrer Gesellschafter erzielt wurden, der Gewerbesteuerpflicht unterlagen. Dieser Verstoß betraf mithin die generelle und grundsätzliche Frage, wie die Einkünfte der GbR steuerrechtlich einzuordnen waren, und nicht etwa konkrete Fragen im Zusammenhang mit der Erstellung der jeweiligen Jahressteuererklärungen. Der Verstoß liegt auch nicht darin, daß der Kläger es jedes Jahr erneut unterlassen hatte, die gesamten Einkünfte als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu deklarieren; die Entrichtung von Gewerbesteuer sollte gerade durch den pflichtwidrig unterlassenen Hinweis des Klägers vermieden werden, jedenfalls im Hinblick auf die weit überwiegenden Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit der Gesellschafter der GbR. **Der Verstoß des Klägers bezog sich somit auf eine die jährlichen Einzel-tätigkeiten des Klägers übergreifende generelle Grundsatzfrage, die einmal zu Beginn der Tätigkeit des Klägers zu prüfen und zu entscheiden war.** Wie ebenfalls im Haftpflichtprozeß festgestellt worden und im übrigen auch zwischen den Parteien unstreitig ist, kannte der Kläger die hier in Rede stehende steuerrechtliche Problematik überhaupt nicht, woraus folgt, daß er die betreffende Grundsatzfrage auch nicht jedes Jahr erneut geprüft und entschieden hat. Der Kläger hat also nicht ein- und denselben Fehler mehrmals wiederholt, sondern es unterlassen, den einmal zu Beginn der Tätigkeit für die GbR begangenen Fehler im Laufe der Jahre zu korrigieren. Damit liegt **ein (Dauer-)verstoß** vor, nicht aber liegen mehrere Verstöße vor. Diese Sicht entspricht auch höchst-

richterlicher Rechtsprechung, die – wenn auch für andere Versicherungsbedingungen, die insoweit aber mit der hier maßgeblichen Klausel vergleichbar sind – ebenfalls danach unterschieden hat, ob es sich um das bloße Unterlassen der Korrektur eines begangenen Fehlers handelt oder ob der erste Fehler später bei einer erneuten Prüfung und Entscheidung wiederholt wird (vgl. BGH VersR 1970, 825 f., m.w.N.).

Der Umstand, daß der Kläger jedes Jahr erneut mit der Erledigung der steuerrechtlichen Angelegenheiten der GbR beauftragt wurde, steht der Annahme nur eines Verstoßes nicht entgegen. Es handelte sich, was die grundsätzlichen steuerrechtlichen Fragen anging, nicht um völlig neue Auftragsverhältnisse, sondern vielmehr um **Folgaufträge**, wobei die oben angesprochene grundsätzliche Situation im Hinblick auf die Einnahmen der GbR, nämlich die Tatsache, daß in geringem Umfang auch Einnahmen aus gewerblichen Umsatzgeschäften anfielen, jeweils unverändert war. Dies gilt sowohl in rechtlicher Beziehung, da sich die ständige **finanzgerichtliche Rechtsprechung insoweit nicht geändert** hatte, als auch in tatsächlicher Hinsicht, da **lediglich die Höhe der Einnahmen aus gewerblicher Tätigkeit differierte**, es aber bei der allein entscheidenden Tatsache, daß überhaupt derartige Einnahmen anfielen, blieb. Es kann aus diesem Grunde auch nicht der Auffassung des Klägers gefolgt werden, daß schon deshalb mehrere Verstöße anzunehmen seien, weil **jedes Jahr ein geänderter rechtlicher und wirtschaftlicher Hintergrund** vorgelegen habe. Gegen die Annahme nur eines Verstoßes bestehen auch nicht unter dem Gesichtspunkt des Kausalzusammenhanges zwischen Verstoß und Schaden durchgreifende Bedenken. Durch die unterlassene Korrektur des einmal begangenen Fehlers ist der sich über Jahre hinweg entwickelnde Gesamtschaden verursacht worden, d. h. der eine, nicht korrigierte Fehler führte **geradlinig zum Schaden** (vgl. zum Gesichtspunkt der „gradlinig zum Schaden führenden Ursächlichkeit“ auch nochmals BGH, aaO, S. 826).

Auch die Überlegung, daß bei einem evtl. sogar mehrfachen Wechsel des Versicherers der Kläger mehrmals in den Genuß der Versicherungssumme gekommen wäre und er nicht schlechter gestellt werden dürfe, wenn er einem Versicherer treu bleibe, ist nicht zwingend. Geht man von nur einem Verstoß im Jahre 1972 aus, ist allein derjenige Versicherer eintrittspflichtig, bei dem zu dieser Zeit ein Versicherungsverhältnis bestand, da mit dem Verstoß der Versicherungsfall eingetreten ist und durch die Unterlassung der Korrektur des Verstoßes kein neuer Versicherungsfall eintritt. Die Möglichkeit, wegen ein- und desselben Versicherungsfalles aufgrund des Wechsels des Versicherers von zwei Versicherern Entschädigung zu erlangen, bestünde nur dann, wenn beim zweiten Versicherer eine entsprechende Rückwärtsversicherung abgeschlossen würde, die in die Zeit

zurückreicht, in der der Verstoß begangen und der Versicherungsfall eingetreten ist (ein solcher Fall lag der bereits mehrfach zitierten BGH-Entscheidung zugrunde). Die dann – allerdings auch durch doppelte Prämienzahlung erkaufte – Zweifach-Versicherung ist aber keine mit dem Wechsel des Versicherers automatisch verbundene Folge, sondern Folge der Vereinbarung einer zeitweise bestehenden Doppelversicherung. Durch den Wechsel des Versicherers allein hätte sich der Kläger daher im vorliegenden Fall nicht besser gestanden als er ohne diesen Wechsel steht.

Schließlich überzeugt auch nicht der Einwand des Klägers, daß in Fällen der vorliegenden Art **bei Annahme nur eines Verstoßes die Mindestdeckungssumme für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung nicht mehr angemessen und ausreichend seien**. Es ist nicht völlig unvorhersehbar und daher auch kalkulierbar, daß sich ein Schaden infolge nur eines einzigen Fehlers über einen längeren Zeitraum hinweg entwickeln und vergrößern kann, bis der Fehler entdeckt wird. Demgemäß ist es eine Sache des Umfangs der Vorsorge und der subjektiven Risikoeinschätzung des einzelnen Versicherungsnehmers, ob er sich mit der Mindestdeckungssumme begnügt oder eine höhere Versicherungssumme wählt. Die Empfehlungen der Standesorganisationen können sich naturgemäß nur auf Durchschnittswerte stützen und dabei auch nur die Auswirkungen solcher haftungsbegründender Pflichtverstöße berücksichtigen, wie sie erfahrungsgemäß häufiger vorzukommen pflegen und auch solchen Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten unterlaufen können, die ansonsten ordnungsgemäß arbeiten. Einen Schutz vor besonders hohen Schäden oder außergewöhnlichen Pflichtverletzungen vermögen Mindestdeckungssummen dagegen von ihrer Zielrichtung her nicht zu gewährleisten. Nach alledem war die Beklagte gemäß § 3 Nr. II 2 c, 1. Alternative AVB-WT 1 nur zur einmaligen Zahlung der Versicherungssumme verpflichtet.

2. Zu demselben Ergebnis würde man, wie in der mündlichen Verhandlung erörtert worden ist, auch gelangen, wenn man von mehreren Verstößen ausginge. Für diesen Fall lägen die Voraussetzungen des § 3 Nr. II 2 b AVB-WT 1 vor, wonach die Versicherungssumme auch dann nur einmal zu zahlen ist, **wenn ein aus mehreren Verstößen stammender einheitlicher Schaden vorliegt**. Dies ist hier der Fall. Der Schaden ist erst eingetreten, als bei der Betriebsprüfung festgestellt wurde, daß für die Jahre 1972 bis 1980 keine Gewerbesteuer erhoben und gezahlt worden war und eine dementsprechende Nacherhebung veranlaßt und für die Jahre 1973–1980 auch durchgesetzt wurde. Dieser Zeitpunkt der Schadenentstehung entspricht auch der höchststrichterlichen Recht-

sprechung zum Beginn der Verjährung von Haftpflichtansprüchen gegen Steuerberater, wonach der Schaden erst mit der Schlußbesprechung über das Ergebnis der Außenprüfung entsteht und demgemäß erst dann die Verjährung beginnt (vgl. BGH NJW 1986, 1162). **Ist der Schaden aber erst mit der Außenprüfung entstanden** (vorher bestand lediglich ein drohender Gefahrenzustand, vgl. dazu auch BGHZ 43, 88 ff., 92), **ist er sogleich als einheitlicher Gesamtschaden entstanden, auch wenn die Nacherhebung der Gewerbesteuer durch Erlaß mehrerer Gewerbesteuerbescheide für die jeweiligen Kalenderjahre erfolgte.** Auch die angefallenen Aussetzungszinsen auf die Gewerbesteuerschulden sowie die von den Gesellschaftern der GbR zu tragenden Kosten des Finanzgerichtsverfahrens und schließlich auch die steuerliche Mehrbelastung der Gesellschafter, die durch Schadenersatzleistungen des Klägers verursacht werden, stellen sich bei natürlicher Betrachtungsweise als Bestandteile oder Einzelposten eines einheitlichen Vermögensschadens dar.

Auch bei Annahme mehrerer Verstöße bleibt es daher dabei, daß die Beklagte die Versicherungssumme nur einmal zu zahlen hat.

3. Auf die Frage, ob auch die Voraussetzungen der 2. Alternative des § 3 Nr. II 2 c AVB-WT 1 gegeben sind, kommt es daher nicht an (nach Meinung des Senats hält diese Bestimmung allerdings aufgrund der unklaren Fassung, einer überraschend weitreichenden Anwendungsmöglichkeit und einer dadurch bewirkten unangemessenen Benachteiligung des Versicherungsnehmers einer richterlichen Inhaltskontrolle nicht stand).

Haftung des Steuerberaters

– Schutzwirkung zugunsten des Sohnes des Mandanten

– Verjährungsbeginn § 68 StBerG

(OLG München Urt.v.1.6.1990 – 14 U 843/89)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Wurde der StB beauftragt, den Vertrag zur Übertragung von OHG-Anteilen vom Vater auf den Sohn steuerlich zu begutachten, so ist der Sohn in die Schutzwirkung des Vertrages mit einbezogen.
2. War das Gutachten des StB fehlerhaft und wurden vermeidbare Steuern verursacht, so beginnt die Verjährungsfrist für Schadenersatzansprüche mit Abschluß des notariellen Übertragungsvertrages.

Zum Sachverhalt:

Der inzwischen verstorbene Vater des Klägers beauftragte den Beklagten mit der Überprüfung einer Vertragskonzeption aus steuerlicher Sicht. Mit dem Vertrag sollten u. a. 25% einer Gesellschafterbeteiligung von 30% auf den Kläger übertragen und dieser verpflichtet werden, an den Erblasser eine lebenslange, wertgesicherte Rente von 5.000 DM monatlich zu zahlen. Die Rente sollte, was dem Beklagten bekannt war, nach dem Willen der Vertragschließenden beim Erblasser in voller Höhe als Einkommen versteuert werden, beim Kläger dagegen in vollem Umfang steuerlich abzugsfähig und ferner – ausgenommen aus Wertsicherungsgründen – nicht abänderbar sein.

Die Versteuerung der vereinbarten Rente erfolgte ab 1.1.1979 in der von den Vertragschließenden vorgesehenen Weise. Aus Anlaß einer 1985 durchgeführten Betriebsprüfung, die sich auch auf den Vertrag vom 8.2.1979 erstreckte, änderte das Finanzamt die Einkommensteuerbescheide 1979 – 1983 und erkannte die Rentenzahlungen nicht mehr als dauernde Last in voller Höhe, sondern nur in Höhe des Ertragsanteils als abzugsfähige Sonderausgaben an.

Aus den Gründen:

Gemäß § 68 StBerG verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem Vertragsverhältnis zwischen ihm und dem Steuerberater in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist.

1. Der in Frage kommende Schadenersatzanspruch des Klägers wegen positiver Vertragsverletzung, sei es als eigener oder als etwaiger Anspruch aus abgeleitetem Recht, **entstand spätestens mit Abschluß des notariellen Vertrages am 8.2.1979**. In diesem Zeitpunkt war die Schlechterfüllung des Vertrages zwischen dem Beklagten und dem Erblasser, der eine gutachtliche Stellungnahme zur Frage der steuerlichen Auswirkungen der ins Auge gefaßten vertraglichen Regelungen der OHG-Anteilsübertragung zum Gegenstand hatte, abgeschlossen und hatte auf Seiten des Klägers erstmals einen Vermögensschaden verursacht. Das gleiche gilt bei Unterstellung des Bestehens von Ansprüchen des Erblassers, die der Kläger nach Abtretung der Rechtsnachfolger an ihn geltend macht.

Der Beklagte schuldete dem Erblasser aufgrund des Auftrags zur Fertigung einer **gutachtlichen Stellungnahme, der ihm mit Schreiben vom 10.1.1979 erteilt worden war** und den er angenommen hatte, eine umfassende Beratung und Aufklärung über die steuerrechtlichen

Auswirkungen des Übertragungsvertrages. Das ergibt sich aus dem Inhalt des vorgenannten Schreibens in Verbindung mit den Schreiben vom 6.11.1978 und 29.12.1978. Demzufolge hatte er sich u. a. erschöpfend dahin zu äußern, welche steuerliche Behandlung die vorgesehene Rentenzahlung beim Empfänger und beim Leistenden erfahren werde. In seiner schriftlichen Stellungnahme vom 17.1.1979 ging er zwar auf diese Frage ein, beurteilte jedoch die Rechtslage nicht ganz zutreffend, indem er eine Qualifizierung der Rente als – von den Vertragsschließenden nicht gewollten – **Leibrente** mit der Möglichkeit der Berücksichtigung lediglich des Ertragsanteils nur für den Fall eines ausdrücklichen Verzichts auf die Anwendbarkeit des § 323 ZPO für gegeben darstellte. **Die bloße Nichterwähnung des § 323 ZPO ohne eindeutige Vereinbarung einer gegenteiligen Regelung stand jedoch, was der Beklagte hätte wissen müssen, einer Wertung der Rente als dauernde Last entgegen, weil in diesem Fall die Unabänderbarkeit als gewollt zu unterstellen war (BFH, BStBl. 75, 881).** Dies ließ der Beklagte in seiner Stellungnahme unbeachtet und beging damit, wie das Erstgericht richtig angenommen hat, einen Beratungsfehler. Auf die zutreffenden Erwägungen unter Nr. 1 der Entscheidungsgründe des angefochtenen Urteils wird insoweit Bezug genommen (§ 543 I ZPO).

Unerheblich ist hierbei, daß die Vertragsschließenden bei Verwirklichung ihrer Absicht, eine Änderungsmöglichkeit nach § 323 ZPO auszuschließen, die erstrebte steuerliche Behandlung der Rente nicht erreichen konnten. Der Beklagte hätte den Erblasser auf die Unlösbarkeit des Widerspruchs, d. h. auf die Unvereinbarkeit beider Zielsetzungen – Ausschluß einer Anpassungsmöglichkeit gemäß § 242 BGB, § 323 ZPO auf der einen sowie Berücksichtigung der Rente in voller Höhe als Einkünfte beim Erblasser und als Sonderausgaben beim Kläger auf der anderen Seite – aufklären müssen, damit die Vertragsschließenden diese Problematik vor Vertragsschluß in ihre Überlegungen hätten einbeziehen und sie, auf welche Weise auch immer, bei der Vertragsgestaltung berücksichtigen können.

2. Die mangelnde Aufklärung stellt entgegen der Auffassung des Landgerichts nicht nur eine gegenüber dem Erblasser als Vertragspartner des Beklagten zum Schadenersatz verpflichtende Unterlassung dar, sondern auch eine solche gegenüber dem Kläger. Die Aufgabe des Beklagten bestand in der Abgabe einer gutachterlichen Stellungnahme zur steuerlichen Auswirkung des vorgesehenen Vertragsinhalts hinsichtlich der Übertragung von Gesellschaftsanteilen des Erblassers auf den Kläger. Für den Beklagten stand unzweifelhaft fest, daß der Vertrag zwischen Vater und Sohn geschlossen werden sollte. Er mußte

also davon ausgehen, daß er auch im Interesse des Klägers tätig wurde. Demgemäß ging er auch auf die Auswirkungen der in Aussicht genommenen Rentenregelung für die steuerlichen Belange des Klägers ein. **Jedenfalls hatte der Erblasser als sein Mandant ein Interesse, daß der Kläger als sein Sohn nicht durch Sorgfaltspflichtverletzungen des Beklagten geschädigt würde, weshalb der Auftrag eine Schutzwirkung für den Kläger als Dritten entfaltete.** Zumindest aber ist der Auftrag zur (gutachtlichen) Stellungnahme vom 10.1.1979 mit der Bitte um „Hinweise, falls aus steuerlicher Sicht beim Abschluß der Verträge etwas zu beachten ist“, nach Sachlage dahin zu verstehen, daß der Kläger durch konkludente Willenserklärung des Erblassers als Vertragspartner des Beklagten in den Schutzbereich des Vertrages einbezogen werden sollte, was der Beklagte auch akzeptierte. Das ergibt sich aus dem Inhalt seiner Stellungnahme vom 17.1.1979, die auch auf die steuerlichen Auswirkungen der Rentenzahlung auf Seiten des Klägers eingeht (vgl. BGH GI 2/84 = NJW 1984, 355; BGH RR 86, 484).

3. **Der durch die Pflichtverletzung des Beklagten verursachte Schaden** – seinen Eintritt sowohl beim Kläger als auch beim Erblasser unterstellt – **trat am 8.2.1979 ein.** In diesem Zeitpunkt wurde die Vermögenslage der Geschädigten infolge des schädigenden Ereignisses schlechter, dabei bezüglich des Erblassers auch das Bestehen eines vom Kläger geltend gemachten, ihm von den Erben abgetretenen Anspruchs des Erblassers unterstellt, weil ihr Vermögensstand, verglichen mit dem früheren, objektiv schlechter wurde (BGH RR 90, 459 m.w.Nachw.). **Nicht erforderlich ist, daß der Schaden auch der Höhe nach feststand oder feststellbar war oder sich bereits konkret ausgewirkt hat.** Es genügte, daß Kläger und Erblasser zur Erhebung einer Feststellungsklage im Stande waren (BGH a.a.O.). Diese Voraussetzung war mit Abschluß des notariellen Vertrages vom 8.2.1979 erfüllt. Der ab 1.1.1979 geltende Vertrag wirkte sich sofort in der von den Vertragspartnern nicht gewollten Weise dahin steuerlich aus, daß die Rente für beide nur in Höhe des Ertragsanteils berücksichtigungsfähig war. Bereits darin bestand eine Verminderung des Vermögens des Klägers und – das Bestehen abgetretener Ansprüche des Erblassers unterstellt – auch dessen Vermögen, wobei der aus dem maßgebenden Ereignis resultierende Schaden verjährungsrechtlich als einheitliches Ganzes aufzufassen ist. **Wenn aufgrund einer Vertragsverletzung einzelne Schäden in zeitlichen Abständen nach und nach entstehen, beginnt die Verjährung einheitlich mit dem Eintritt des ersten Schadens, soweit, wie es hier der Fall ist, die später entstehenden Folgen voraussehbar waren** (BGH, a.a.O. m.w.Nachweisen).

Unerheblich ist, daß sich der Schaden beim Kläger erstmals aus Anlaß der Betriebsprüfung 1985 ziffernmäßig konkretisierte. Dies wäre nur dann von Bedeutung, wenn die Vertragsverletzung des Beklagten erst durch die Betriebsprüfung hätte aufgedeckt werden können. In diesem Falle hätte die Verjährung erst mit der Schlußbesprechung über die Betriebsprüfung begonnen (BGHZ 73, 365; BGH GI 1986, 27 = EWiR, StBerG 1/86, 297 (Gräfe) = 96, 290, 296). Den vom BGH im vorstehenden Sinne entschiedenen „**Außenprüfungsfällen**“ liegt in tatsächlicher Hinsicht zugrunde, daß der Steuerberater neben der Erstellung der Steuererklärungen jeweils auch mit der Buchführung des Geschädigten betraut war und hierbei Fehler machte, welche erst im Rahmen der Betriebsprüfung offenkundig wurden. Die Aufdeckung bezog sich damit auf die tatsächlichen Grundlagen der Besteuerung, deren Änderung aufgrund der Betriebsprüfung die Änderung der Steuerfestsetzung zur Folge hatte, was den Ansatz des Verjährungsbeginns zu dem vom BGH in diesen Fällen angenommenen Zeitpunkt rechtfertigt. **Der Vertrag vom 8. 2. 1979 hätte jedoch bei richtiger Sachbehandlung durch die zuständigen Finanzämter auch ohne besondere Kontrolle im Rahmen einer Außenprüfung sogleich so ausgelegt werden müssen, wie dies dann später geschehen ist.** Der Schaden ist daher bereits mit dem Vertragsschluß eingetreten.

4. Die dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG begann am 9. 2. 1979 zu laufen (§ 187 I BGB). Etwaige Schadenersatzansprüche des Klägers (und des Erblassers) verjährten daher am 9. 2. 1982 (§ 188 II BGB).
5. Der Beklagte ist auch nicht wegen einer sogenannten **sekundären Schadenersatzverpflichtung** an der Verjährungseinrede gehindert (§ 249 Satz 1 BGB).

Zwar ist der Steuerberater, wie etwa der Rechtsanwalt, im Hinblick auf die kurze, nicht von einer Kenntnis des Schadeneintritts abhängigen Verjährungsfrist des § 68 StBerG zu besonderen Sorgfaltsmaßnahmen verpflichtet, um dem Mandanten und dem geschützten Dritten durch rechtzeitigen Hinweis bestehende Regreßmöglichkeiten zu erhalten. Ein Verstoß gegen diese Pflicht führt deshalb dazu, daß der Geschädigte so zu stellen ist, als wäre die auf der Unterlassung beruhende Verjährung des Regreßanspruchs nicht eingetreten (BGH GI 8/82 = ZiP 1982 m. Anm. Gräfe = BGHZ 83, 17; BGH NJW 82, 1288; BGH RR 90, 459 m. w. Nachweisen). Diese Belehrungspflicht über mögliche Schadenersatzansprüche des Klägers bzw. des Erblassers gegen ihn – den Beklagten – selbst bestand aber frühestens ab dem Zeitpunkt des Bekanntwerdens des grundlegenden Urteils des BGH über die

Belehrungspflicht des Steuerberaters vom 20.1.1982 (BGHZ 83, 17). **Bis dahin, nämlich mindestens bis Ende März 1982, verletzte ein Steuerberater seine Sorgfaltspflicht nicht schuldhaft**, wenn er seinen Mandanten (und den geschützten Dritten) wegen Irrtums über seine Belehrungspflicht nicht auf die drohende Verjährung einer Schadenersatzforderung gegen sich selbst hinwies (BGH GI 1986, 27 = EWiR § 68 StBerG 1/86, 297 [Gräfe] = BGHZ 96, 290, 298).

6. Etwaige besondere Umstände, die gemäß § 242 BGB dem Beklagten die Berufung auf die eingetretene Verjährung verwehrten, sind weder vorgetragen noch sonst ersichtlich (vgl. BGH RR 90, 459, 461 m.w. Nachweisen).

Haftung des Steuerberaters

- Ungefragte Belehrungspflicht
- Umsätze eines Imbißstandes

(OLG Stuttgart Ur.t.v. 23.2.1990 – 2 U 296/88 = NJW-RR 1990, 791)

Leitsätze:

1. Der Steuerberater muß seinen Auftraggeber auch ungefragt über die bei Erledigung des Auftrags auftauchenden steuerrechtlichen Fragen, insbesondere auch über die Möglichkeit einer Steuerersparnis aufklären.
2. Der mit der Steuerberatung eines Kiosk- und Imbißstandbetreibers beauftragte Steuerberater muß diesen von sich aus nach Umsätzen aus dem Verkauf von Speisen über die Straße fragen, die nur dem halben Mehrwertsteuersatz unterliegen.
3. Den Auftraggeber trifft kein Mitverschulden, wenn er den Steuerberater nicht von sich aus auf solche Umsätze hinweist.

Zum Sachverhalt:

Dem Steuerberater wird der Vorwurf gemacht, die Umsätze des Mandanten aus einem Kiosk- und Imbißstand dem vollen Mehrwertsteuersatz unterworfen zu haben. Er habe übersehen, daß nicht unerhebliche Umsätze durch Verkauf „über die Straße“ erzielt worden seien.

Aus den Gründen:

1. a) Die Umsatzsteuer, die der Kläger in den Jahren 1978 bis einschließlich 1983 an das Finanzamt gezahlt hat, ist unstreitig aufgrund von Voranmeldungen und Steuererklärungen berechnet und festgesetzt worden, die der Beklagte angefertigt hat. Unstreitig ist ferner, daß bei diesen Voranmeldungen und Steuererklärungen die vom Kläger zu zahlende Umsatzsteuer zu hoch berechnet und deswegen zu hoch festgesetzt worden ist, weil der Beklagte nicht berücksichtigt hat, daß nur ein Teil des Umsatzes des Klägers aus dem Verkauf von Speisen, nämlich der, welcher den Verkauf von Speisen zum Verzehr an Ort und Stelle betroffen hat, zum vollen Mehrwertsteuersatz, im übrigen aber der Umsatz aus dem Verkauf von Speisen nur nach dem halben Mehrwertsteuersatz zu versteuern gewesen ist (§ 12 II Nr. 1 UStG i.V. mit dem Anhang zu dieser Vorschrift). Danach steht fest, daß der Beklagte **objektiv fehlerhaft** gearbeitet hat. Hierdurch hat er auch seine Pflichten aus dem mit dem Kläger abgeschlossenen Steuerberatervertrag verletzt. Denn es hat zu den Aufgaben des Beklagten als Steuerberater im Rahmen des mit dem Kläger abgeschlossenen **Geschäftsbesorgungsvertrages mit Dienstvertragscharakter** (BGH, LM § 675 BGB Nr. 73 = VersR 1980, 264; BGHZ 54, 106 = NJW 1970, 1596 = LM § 628 BGB Nr. 2) gehört, den Kläger als seinen Auftraggeber auch **ungefragt über die bei Erledigung des Auftrages auftauchenden steuerrechtlichen Fragen, insbesondere auch über die Möglichkeit einer Steuerersparnis aufzuklären und zu belehren**. Denn er hat bei dem Kläger, einem Kiosk-Betreiber, davon ausgehen müssen, daß dieser in steuerrechtlichen Dingen unkundig und deshalb gar nicht in der Lage gewesen ist, von sich aus zur Aufklärung steuerrechtlicher Fragen beizutragen und entsprechende Fragen zu stellen (BGH, VersR 1981, 1029 [1030]; WM 1967, 72 [73]).
- b) Die Verletzung seiner vertraglichen Pflichten hat der Beklagte zu vertreten. Für ein **Verschulden** spricht der Beweis des ersten Anscheins. Will ein Steuerberater geltend machen, daß er ein objektiv fehlerhaftes Verhalten nicht zu vertreten habe, so muß er – unabhängig von der Frage der Beweislast – sich darüber erklären, aus welchen Gründen es zu dem Fehler gekommen ist; es kann von seinem Mandanten nicht verlangt werden, daß er jeden nur denkbaren Entschuldigungsgrund ausräumt (BGH, NJW 1961, 826 = LM § 3 UWG Nr. 44; NJW 1962, 2149 = LM § 3 UWG Nr. 56; NJW 1981, 577 = LM § 282 ZPO Nr. 16; WM 1965, 917; BGH, GI 1986, 73 = NJW-RR 1986, 1348 = LM § 254 BGB [A] Nr. 32 = Betr. 1986, 1915). Einen ausreichenden Entschuldigungsgrund hat der Beklagte nicht vorgebracht.

Seine Behauptung, ihm sei nicht bekannt gewesen, daß der Kläger auch Umsätze aus dem Verkauf von Speisen „über die Straße“ erziele, vermag der Senat nicht nachzuvollziehen. **Bei einem Kiosk- und Imbißstubenbetrieb liegt es nach der Lebenserfahrung auf der Hand, daß nicht unerhebliche Umsätze auch durch Verkauf „über die Straße“ erzielt werden.** Hinzu kommt, daß der Beklagte unstreitig den Kiosk aus eigener Anschauung gekannt hat und ihm ferner die jährlichen erheblichen Ausgaben des Klägers für Verpackungsmaterial für den Speisenverkauf „über die Straße“ bekannt gewesen sind, da er sie unstreitig in die Jahresabschlüsse eingestellt hat. Aufgrund dieser gesamten Umstände hat es sich dem Beklagten geradezu aufdrängen müssen, daß der Kläger auch Umsätze erzielt hat, die er statt mit dem vollen nur mit dem halben Mehrwertsteuersatz hat versteuern müssen.

- c) Den Kläger trifft kein **Mitverschulden**. **§ 254 BGB** soll den Schädiger nur in dem Umfang von der Haftung entlasten, in dem der Schaden billigerweise dem eigenen Verhalten des Geschädigten zugerechnet werden muß (BGH, NJW 1978, 2502 = LM Art. 34 GG Nr. 106 = VersR 1978, 1070 [1071]). Der Einwand des mitwirkenden Verschuldens greift deshalb nicht ein, **wenn die Verhütung des entstandenen Schadens nach dem Inhalt des Vertrages dem in Anspruch genommenen Schädiger allein obgelegen hat** (BGHZ 96, 98 = NJW 1986, 775 = LM § 254 [B] BGB Nr. 5). Zum Inhalt des von den Parteien geschlossenen Steuerberatervertrags hat es gehört, daß der Beklagte aufgrund seines überlegenen steuerrechtlichen Fachwissens dafür zu sorgen hatte, daß der Kläger in seinen steuerlichen Angelegenheiten einen Nachteil nicht erleidet. Den Kläger hat keine vertragliche Obliegenheit getroffen, durch eigene Bemühungen Beratungsfehler des Beklagten auszugleichen (BGH, Gl 1986, 73 = Betr. 1986, 1915). Ihm kann es daher nicht als mitwirkendes Verschulden entgegengehalten werden, er hätte das, worüber der Beklagte ihn hätte aufklären sollen, jenem selbst mitteilen und insoweit entsprechende Bemühungen entfalten müssen (BGH, Gl 1986, 73 = Betr. 1986, 1915). Dasselbe gilt für die Behauptung des Beklagten, der Bruder des Klägers, welcher für diesen die Buchführungsarbeiten ausgeführt habe, hätte ihn, den Beklagten, auf den Umfang des Speisenverkaufs „über die Straße“ hinweisen müssen und dessen Verschulden müsse sich der Kläger als Mitverschulden anrechnen lassen.

Den Kläger trifft auch kein Mitverschulden deshalb, weil der Einspruch gegen den Bescheid des Finanzamts vom 1.4.1987, mit dem der auf § 173 I Nr. 2 AO gestützte Abänderungsantrag zurückgewiesen worden war, sachlich nicht, jedenfalls nicht ausreichend begründet worden ist.

Der Beklagte hat nicht bestritten, daß er vom Kläger und seinem Bevollmächtigten rechtzeitig aufgefordert worden ist, seinerseits im Einspruchsverfahren die Gründe für die von ihm zu vertretenden Versäumnisse darzulegen und den Vorwurf, ihn, den Beklagten, treffe ein grobes Verschulden (§ 173 I Nr. 2 AO), welches der Kläger sich zurechnen lassen müsse (vgl. BFH, BStBl 1983, 324; 1984, 2; 1984, 256), auszuräumen. Unstreitig hat der Beklagte auf diese Aufforderung nicht reagiert und weder im Einspruchsverfahren zur Begründung etwas vorgebracht noch dem Kläger insoweit einen erheblichen Vortrag mitgeteilt. Im übrigen hat der Beklagte auch in dem zur Entscheidung stehenden Rechtsstreit nichts vorgebracht, das zu seiner Entlastung gegen das von der Finanzverwaltung angenommene grobe Verschulden seinerseits hätte vorgebracht werden können. Ein grobes Verschulden liegt vor, wenn der Steuerpflichtige oder die Hilfsperson, für die er einzustehen hat, in besonders starkem Maße die sonst übliche Sorgfalt außer acht gelassen hat. Da es auf einen subjektiven Verschuldensmaßstab ankommt, ist insoweit auf die Person des Beklagten abzustellen, als desjenigen, von dem die Kenntnis und die sachgemäße Anwendung der steuerrechtlichen Vorschriften erwartet worden war (BFH, BStBl 1983, 324). Danach vermag der Senat nicht festzustellen, daß das Finanzamt zu Unrecht ein grobes Verschulden des Beklagten festgestellt hat.

2. Dem Kläger ist durch die Pflichtverletzung des Beklagten ein Schaden in Höhe von 30.299,11 DM entstanden.
 - a) ... Insgesamt hat der Kläger in den Jahren 1978 bis 1983 28.891,21 DM an Umsatzsteuer zuviel gezahlt. Diesen Schaden hat der Beklagte ihm zu ersetzen.
 - b) Der Kläger hat an die **D-GmbH** gemäß den Rechnungen vom 5.3.1986 und 18.4.1986 insgesamt 1.407,90 DM **gezahlt für deren Bemühungen bei der Ermittlung der zuviel gezahlten Umsatzsteuerbeträge in den Jahren 1978 bis 1983**. Dies hat der Beklagte substantiiert nicht bestritten. Als **Rechtsverfolgungskosten**, welche der Kläger nicht im Kostenfestsetzungsverfahren geltend machen kann, hat der Beklagte sie dem Kläger zu ersetzen (vgl. Palandt-Heinrichs, BGB, 49. Aufl., § 249 Anm. 4 c m.w.Nachw.).
 - c) Danach hat der Kläger gegen den Beklagten einen Schadenersatzanspruch aus positiver Forderungsverletzung in Höhe von 28.891,21 DM + 1.407,90 DM = 30.299,10 DM. Die im Ersturteil zugesprochenen Verzugszinsen in Höhe von 8 % seit dem 1.4.1986 hat der Beklagte nicht angegriffen.

3. Entgegen der Meinung des Beklagten ist die **Schadenersatzforderung des Klägers nicht gem. § 68 StBerG verjährt**. Insoweit fehlt ein hinreichend substantiierter Vortrag des insoweit darlegungs- und beweispflichtigen Beklagten.
- a) Gem. § 68 StBerG verjähren Schadenersatzansprüche gegen einen Steuerberater nach drei Jahren ab der Entstehung des Anspruchs unabhängig von der Kenntnis des geschädigten Mandanten. Die Verjährung beginnt danach vom dem Zeitpunkt an zu laufen, an dem mit Erfolg zumindest eine Feststellungsklage gegen den Steuerberater erhoben werden kann, in der Regel ab Bestandskraft der fehlerhaften Steuerbescheide, die den Schaden verursacht haben. Die Zeitpunkte, an denen die den Kläger betreffenden Umsatzsteuer-Jahres-Bescheide für die Jahre 1978 bis 1983 bestandskräftig geworden sind, hat der Beklagte nicht vorgetragen, obwohl ihm dies ohne weiteres möglich gewesen wäre. Entweder hätte er die Zeitpunkte aus seinen Unterlagen feststellen oder sich insoweit sachkundig machen können. Bereits aus diesem Grunde läßt sich ein eventueller Verjährungseintritt nicht mit der erforderlichen Gewißheit feststellen.
- b) Darüber hinaus ist ein Steuerberater verpflichtet, Steuerbescheide und bei hinreichendem Anlaß seine eigenen, diesen zugrundeliegenden Arbeiten auf Fehler und Unterlassungen zu überprüfen. Verletzt er diese Pflicht, so entsteht der Schadenersatzanspruch seines Mandanten aus positiver Forderungsverletzung so lange immer wieder neu, als bis zur Beendigung des Steuerberatungsvertrages noch eine Berichtigung möglich ist (BGH, NJW 1982, 1532 = LM Steuerberatungsg Nr. 17 = VersR 1982, 496; GI 8/82 = BGHZ 83, 17 [21] = NJW 1982, 1285 = LM Steuerberatungsg Nr. 18). Unstreitig war der Beklagte bis zum 31.12.1983 zur Steuerberatung des Klägers verpflichtet. Bis zu diesem Zeitpunkt war er auch verpflichtet, seine bisherige, fehlerhafte Beratung des Klägers im Hinblick auf die diesen treffende Pflicht zur Zahlung von Umsatzsteuer zu überprüfen und zu korrigieren. Er hätte daher bis zu diesem Zeitpunkt zumindest für die bis dahin nicht bestandskräftig festgestellten Jahre für eine Korrektur der Mehrwertsteuerfestsetzung sorgen und für die Jahre zuvor eine Abänderung gem. § 173 I Nr. 2 AO zumindest versuchen müssen. Die Schadenersatzklage ist am 3. 11. 1986 erhoben und demnächst zugestellt worden. In nicht verjährter Zeit, nämlich vom 3. 11. bis 31. 12. 1983, ist der geltend gemachte Schadenersatzanspruch – immer wieder neu – entstanden.

c) Hinzu kommt, daß nach der Rechtsprechung des BGH (GI 8/82 = BGHZ 83, 17 [22] = NJW 1982, 1285) der Bekl. bis zum 31.12.1983 auch verpflichtet war, den Kläger darauf hinzuweisen, daß der sich aus einer schuldhaften Pflichtverletzung ergebende Schadenersatzanspruch innerhalb von drei Jahren ab seiner Entstehung verjährt. Ein Steuerberater, der schuldhaft die Pflicht zur Belehrung des Mandanten über einen von ihm, dem Berater, begangenen Fehler und über die Verjährung des daraus folgenden – primären – Schadenersatzanspruchs verletzt, macht sich damit schadenersatzpflichtig. Er hat danach gem. § 249 BGB seinen Mandanten so zu stellen, wie er stünde, wenn er diesen richtig aufgeklärt und belehrt hätte. Der daraus folgende – sekundäre – Schadenersatzanspruch hindert den Beklagten, die Einrede der Verjährung noch mit Erfolg geltend zu machen (BGH, GI 8/82 = BGHZ 83, 17 [22] = NJW 1982, 1285).

Unstreitig hat der Beklagte den Kläger in diesem Sinne weder aufgeklärt noch belehrt. Ihn trifft daher auch ein Sekundärverschulden, unter anderem im Hinblick auf sein deutliches Verschulden bei der nicht sach- und fachgerechten Beratung des Klägers über den Umfang seiner Umsatzsteuerpflicht und ferner deshalb, weil die Rechtsprechung des BGH zum sogenannten Sekundärschadenersatzanspruch (GI 8/82 = BGHZ 83, 17 = NJW 1982, 1285) in Steuerberaterkreisen im Jahre 1983 bereits allgemein bekannt gewesen ist (GI 1986, 27 = BGHZ 96, 290 = NJW 1986, 1162). Danach kann der Beklagte die Einrede der Verjährung jedenfalls den Schadenersatzansprüchen des Klägers nicht mehr entgegenhalten, die im November und Dezember 1983 noch nicht verjährt waren. Ob letzteres für eventuell im Jahre 1979 und 1980 entstandene Schadenersatzansprüche bereits zugetroffen hat, läßt sich nicht feststellen, insoweit fehlt ein hinreichend substantiierter Vortrag des Beklagten.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–11, 1990)

Abtretung			
– Abtretungsanzeige, neuer Vordruck	90, 112	– Schutzzweck	90, 82
Agenturgeschäft	90, 36	– Unfallversicherungsschutz	90, 198
Akontozahlungen		Beschlagnahmeverbot § 97 StPO	
– Doppelerfassung	90, 143	– Anderkonto	90, 94
Allgemeine Geschäftsbedingungen		– Kontounterlagen	90, 94
– Verkürzung	90, 179	Beweislast	
Allgemeine Versicherungsbedingungen		– f. Fehlberatung	90, 33
– AGB-Gesetz, § 3 und § 5	90, 42	– Mandantenunterlagen an Stb	90, 138
– Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte, § 4 Zf. 4 AVB	90, 42	– Rückgabe von Mandantenunterlagen	90, 37
Anderkonto		– Schaden	
– Beschlagnahme d. Kontounterlagen	90, 94	= bei rechtmäßigem Alternativverhalten	90, 33
– des Notars	90, 51	Berufsverbot	90, 32
– Verfügung über Gelder	90, 51	Bilanzerstellung	
Anerkennung, § 208 BGB	90, 163	– Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143
Anlageberatung		Buchführung	
– d. Anlagevermittlers	90, 229	– verspätete Erstellung	90, 106
– d. Mitarbeiter d. StB	90, 126	Buchführungsauftrag	
– Prüfungspflichten	90, 127	– Datenerfassung	90, 167
– Risiken		= Belehrungspflicht	
= projizierte Steuervorteile	90, 127	– Ordnungsmäßigkeit d. Buchführung	
= und Steuerberatung	90, 122	= Doppelerfassung, Akontozahlungen	90, 143
– Verjährung v. Schadenersatzansprüchen		= Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143
= Beitritt zum Bauherrenmodell	90, 146	Dritthaftung	
= Wirtschaftsberatungsfirma	90, 112	– stillschweigender Auskunftsvertrag	
Anlagevermittler		= Verdienstbescheinigung	90, 40
– Prüfungs- u. Belehrungspflichten	90, 229	– Unternehmensberater	90, 243
Anlagevermittlungsvertrag		– Verschulden b. Vertragsverhandlungen	90, 243
– bei Zahlung einer Vermittlungsprovision?	90, 191	– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	90, 19
Annahmeverzug		= Auftrag zur Bilanzerstellung	90, 3
– d. Mandanten		= Bewertungsgutachten	90, 3
= Vergütungsanspruch d. Stb	90, 134	= Bonitätsprüfung	90, 3
Arbeitsüberlastung		= Darlegung f. Schaden	90, 3
– d. Mitarbeiters, Fristversäumnis	90, 122	= Mitwirkung b. Gesellschaftsgründung	90, 19
Auskunftsvertrag		= Übertragung von OHG-Anteilen	90, 256
– stillschweigender Abschluß		Duldungsvollmacht	
= Verdienstbescheinigung	90, 40	– d. Stb	90, 126
Bauherrenmodell		Einnahme-/Überschuß-Rechnung	
– Verjährung d. Schadenersatzanspruchs	90, 146	– Mitverschulden d. Mandanten	90, 135
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA		– Prüfung des Geldzuflusses	90, 135
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit		EWIV	
= Aufklärung d. FA	90, 53	– Firma	90, 242
– Beweislast	90, 156	Feststellungsklage	
– ungefragte –	90, 160	– und Leistungsklage	90, 179
= Umsätze eines Kiosk- u. Imbißstandes	90, 261	Fristenkontrolle	
– Bildung einer Rücklage gem. § 6 b EStG	90, 73	– elektronische –	90, 208
– Ende d. –		– Fristenkontrollbuch	
= Beratung über Firmenumstrukturierung	90, 62	= Postausgangsbuch	90, 134
= Verfahren zur Anrechnung italienischer Körperschaftsteuer	90, 62	= Telefax	90, 32, 208
– Entnahme	90, 73	= Terminbuch d. Mitarbeiters	90, 247
– sozialversicherungsrechtliche Fragen	90, 198	= Wiedervorlagefristen	90, 134
– Fristeinholung	90, 156	– Fristversäumnis, unverschuldete –	
– vor Prozeßaufnahme	90, 156	= Arbeitsüberlastung d. Mitarbeiters	90, 112
		– Rechtsmittelauftrag an Kollegen	90, 32
		– Rückfrage beim Mandanten	90, 2, 247

- Telefax/Telebrief			
= Fristenkontrollbuch	90, 32		
= Prozeßvollmacht	90, 32		
Garantievertrag			
- Steuerberatungsvertrag	90, 126		
Herausgabeanspruch d. StB			
- von Provisionen	90, 119		
= Mehrwertsteuer	90, 122		
Honoraranspruch d. StB			
- Annahmeverzug d. Mandanten	90, 134		
- Arglisteinwand	90, 83		
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	90, 104, 113		
= nachträgliche Einzelangaben	90, 113		
= Gegenstandswert	90, 114		
= Hinweis auf Gebührenvorschriften	90, 113		
= Lohnabrechnung	90, 117		
= Zeitgebühr	90, 113		
- Erfüllungsort	90, 208		
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	90, 104		
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV			
= Bilanzberechtigung	90, 101		
= Mittelgebühr	90, 101, 115, 172		
- Gerichtsgutachten unbrauchbar	90, 242		
- Gerichtsstand	90, 208		
- für nicht erbrachte Leistung	90, 72		
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	90, 115		
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	90, 115		
- Unterzeichnung d. Rechnung	90, 72		
- Verjährung des -	90, 115		
Honoraranspruch d. Wp			
- d. Mehrfachberufers	90, 72		
- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72		
Kausalität			
- Beteiligung an Unternehmen	90, 122		
- Fehler d. RA./- d. Notar	90, 185		
- Prospekthaftung	90, 226		
- Unterbrechung d. -	90, 209		
- Ursachenkette	90, 221		
- wirtschaftl. Vorteile			
bei steuerlichen Nachteilen	90, 73		
- Schutzzweck, Steuerrisiko	90, 82		
Kenntnis des Steuerrechts pp.			
- höchstrichterlicher Rechtsprechung	90, 233		
- intern. Rechtsregeln	90, 2		
- Zeitschriften	90, 235		
Konkursverwalter, Haftung d. -			
- Liquidationsverschleppung	90, 72		
Kostenerstattungsanspruch i. Regreßprozeß			
- USt. d. Anwaltskosten	90, 235		
Liquidator			
- Frist f. Bilanzerstellung	90, 242		
Mandantenschutzklausel			
- angestellter StB	90, 169		
Mehrfachberufler			
- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72		
- Verjährungsvorschrift	90, 147		
Mitarbeiter d. Stb			
- Zurechnung beim Stb	90, 126		
Mitverschulden			
- bei Buchführungsauftrag	90, 135		
- Prüfung der Bilanz	90, 57		
- Prüfung der Einnahme-/			
Überschuß-Rechnung	90, 135		
- Prüfung d. Steuererklärung	90, 57		
- wegen Schätzungsbescheid	90, 247		
Nachbesserung			
- Recht d. StB's zur Mängelbeseitigung	90, 106		
- Verjährung d. Kostenanspruchs	90, 106		
- nach Wechsel d. Stb	90, 143		
Nichtzulassungsbeschwerde			
- Begründung d. -	90, 50		
Notar			
- Anderkonto	90, 51		
= Rechtsweg f. Schadenersatzanspruch	90, 51		
- Belehrungspflichten			
= Baulastenverzeichnis	90, 200		
Personalanzeige			
- berufswidrige Werbung	90, 178		
Pferdepensionsbetrieb			
	90, 39		
Prospekthaftung			
- Bauherrenmodell	90, 221		
= Verjährung	90, 226		
- Kausalität	90, 226		
- ohne Namensnennung in Prospekt	90, 13, 221		
- d. Treuhänders	90, 13		
- Vertrauensschaden	90, 14		
Provisionsgeschäfte			
- Gebühr f. Anlageberatung	90, 15		
- Herausgabepflicht	90, 15, 119		
- Rückabwicklung d. Anlage	90, 192		
- Verjährung d. Herausgabeanspruchs	90, 119, 192		
- Zahlung an Strohmann	90, 15, 119		
Prüfungspflicht			
- ungefragte -	90, 160		
Rechtsanwalt			
- Belehrungspflicht			
= Prozeßauftrag	90, 214		
= Prozeßkostenhilfe	90, 72		
- Treueverhältnis gem. § 266 StGB	90, 87		
- Verantwortungsbereich f. Fehler			
d. Gerichts	90, 209		
- Verantwortungsbereiche f. Fristwahrung			
= Mitwirkung eines Anwalts	90, 32, 50		
- Verkehrs-/Prozeßanwalt	90, 32, 50, 209		
= unsachgemäße Weisung			
d. Mandanten	90, 214		
Rechtsbeistand			
- Geschäftsführer einer GmbH	90, 242		
Rechtsberatung			
- d. StB			
= sozialversicherungsrechtliche Fragen	90, 198		
- d. Wp	90, 18		
= Ausarbeitung eines Gesellschafts-			
vertrages	90, 18		
Schaden			
- Anwaltskosten	90, 235		
= Umsatzsteuer d. -			
- bei Entnahme	90, 73		
- Prozeßverlust	90, 19		
- unvermeidbare Steuerzahlung	90, 53		
- vermeidbare Steuerbelastung	90, 135		
- Steuervorteile	90, 231		

Schätzung (§162 AO)		
– Schaden		90, 129
– = Darlegungs- und Beweislast zum –		
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		90, 95
– Testat ohne Prüfung		
Sozialrecht		90, 198
– Beratung d. StB		
Sozietät		
– Rechtsschein, Briefbogen, Stempel, Siegel	90, 73	
– neuer Sozios	90, 73	
– überörtliche –	90, 178	
– Vertrag mit Sozietät o. Sozien	90, 73	
Standesrecht		90, 178
– Personalanzeige		
Steuerberaterhaftung		
– Abweichungen zwischen Bankkonto und Abrechnungsunterlagen	90, 135	
– Prüfungspflicht des Mandanten, Mitverschulden	90, 135	
– Prüfungspflichten bei der Erstellung der Einnahme-Überschuß-Rechnung	90, 135	
Steuerberaterprüfung		90, 208
– Fortbildungskosten gem. § 9 Abs.1 EStG		
Steuerberatungsgesetz		
– § 57		90, 94
– = Wirtschaftsberatung		90, 2
– = Zahlung d. Versicherungsprämie		
– § 67		90, 2
– = Nichtzahlung d. Versicherungsprämie		
Steuerberatungsvertrag		
– Annahmeverzug d. Mandanten		90, 134
– = Vergütungsanspruch d. Stb		90, 125
– Garantievertrag		90, 134
– Kündigung, § 627 BGB		
– Kündigung aus wichtigem Grund, § 626 Abs. 1 BGB		90, 134
– = Beweislast		90, 106, 141
– Mängelbeseitigung		90, 126
– Mitarbeiterverschulden		90, 122
– Pflicht zur Wirtschaftsberatung		
Steuergestaltungsberatung		90, 36
– Agenturgeschäft		90, 33
– Umwandlung		90, 33
– Veräußerungsgewinn		90, 47
– = Gesellschaftsanteil u. Betriebsgrundstück		
Steuerhaftung		90, 208
– d. RA f. Erbschaftsteuer		
Steuerhinterziehung		90, 2
– Berufspflichtverletzung		90, 2
– unvollständige Rechnung, § 14 I UStG		90, 2
– Steuererklärung des StB		90, 242
– Zulassung zum WP-Examen		
Telefax/Telebrief	90, 32, 208	
– Fristenkontrollbuch		90, 32
– Übersendung der Prozeßvollmacht		
Treuhänder		90, 8
– Mehrwertsteuroption		90, 8
– Prospektangaben, zugesicherte Eigenschaften		
– Prüfung bautechnischer Fragen		90, 179
– Prüfung planerischer Fragen		90, 179
– Prüfung von Nutzungsbeschränkungen		90, 14
– Schadenersatz, negatives Interesse		90, 28
– Überwachung Dritter		90, 28
– = Gestaltung d. Zwischen- und Endmietverhältnisses		90, 179
– Verjährung von Regreßansprüchen		90, 179
– = Belehrung über Fehler und Verjährungsfrist		90, 179
– = Verkürzung der Verjährungsfrist		
Unternehmensbeteiligung		90, 3
– Geschäftswertermittlung d. Stb		90, 3
– = Bonitätsprüfung d. Stb		
– Haftung f. Altverbindlichkeiten, § 25 Abs. 2, § 28 Abs. 2 HGB		90, 19
Unterschrift		90, 94
– Klageschrift		
Untreue, § 266 StGB		90, 87
– Auskehr v. Mandantengeldern		90, 87
– d. Rechtsanwaltes		90, 94
– Strafzumessung		
Verdeckte Gewinnausschüttung		90, 178
– Verpachtung der Einzelpraxis		
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)		
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift Sekundäranspruch		90, 62, 112
– = Ende der Belehrungspflicht		90, 112
– Auflösung d. Stb-Vertrages		90, 62
– Rückgabe der Zulassung		
– = schuldhaftes Verletzung d. –		
– Verjährungsbeginn		90, 146
– = Beitritt zum Bauherrenmodell		90, 62
– = Bestandskraft d. Steuerbescheides		90, 62, 164
– = Folgeschäden		90, 163
– = Fristversäumnis, § 13 a Abs. 2 EStG, § 24 Abs. 4 UStG		
– = Gerichts- u. Anwaltskosten		90, 167
– = Mehrfachberufler		90, 147
– = Nachbesserungskosten		90, 106
Verjährung, § 51 BRAO		
– Sekundäranspruch		90, 141
– = Anlaß zur Belehrung		90, 141
– = Frist		90, 141
– = Mandatsende		
– Verjährungsbeginn		90, 256
– Abschluß d. Notarvertrages		
– = Schadenentstehung, Schmerzensgeldanspruch		90, 141
Verkehrs-/Prozeßanwalt	90, 32, 50, 209	
– Prozeßtaktik		90, 209
– Verantwortungsbereiche		90, 220
Verrechnungskonto		90, 143
– Differenzen		
Verschulden		90, 216
– Kollegialgerichtsentscheidung		
Versicherungsschutz		
– Ansprüche gegen Versicherer		90, 156
– = versicherte Gefahr, § 158 c Abs. 3 VVG		90, 157
– Beirat u. Aufsichtsräte		90, 42
– Bindung des Haftpflichturteils		

- Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte (§ 4 Zf. 4 AVB)	90, 42	BGH v. 1.2.1990 - IX ZR 82/90	90, 112
= Vermittlung u. Finanzierung v. ETW	90, 156	= DB 90, 88 e	
- Mindestdeckungssummen	90, 251	= EWiR § 51 BRAO 1/90, 987 (Borgmann)	
- wissenschaftliche Pflichtverletzung (§ 4 Nr. 6 AVB)		= NJW-RR 90, 450	
= Nichtaufdeckung einer Interessenverflechtung	90, 42	BGH v. 3.4.1990 - XI ZR 206/88	90/243
= Fristversäumnisse	90, 59	= WM 90, 966	
- Serienschaden	90, 251	BGH v. 10.5.1990 - IX ZR 113/89	90, 185
- Unternehmensrisiko	90, 157	= WM 90, 1710	
- Verstoß	90, 251	BGH v. 31.5.1990 - VII ZR 340/88	90, 221
- Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	= EWiR § 276 BGB 3/90, 757 (Assmann)	
- Zinsen und Kosten	90, 157	= NJW 90, 246	
Vorsatz		= WuB I G.9/1.90 (von Heymann)	
- Schadenzufügung, § 826 BGB	90, 95	= WM 90, 1276	
Vorteilsausgleich		= ZIP 90, 928	
- Steuervorteil	90, 37, 38, 231	BGH v. 28.6.1990 - IX ZR 209/89	90, 209
= Afa-Vorteile	90, 232	BGH v. 5.7.1990 - VII ZR 26/89	90, 179
= Vorsteuererstattung	90, 232	= StB 90, 346	
Weisung d. Mandanten		BVerfG (Vorprüfungsausschuß) v. 9.10.1989	90, 94
- unsachgemäße -	90, 214	- 2 BvR 1558/89	
Werbeverbot		= wistra 1990, 97	
- Personalanzeige für Mandanten	90, 178	Bayr. VG München v. 17.1.1990	
Wettbewerbsverbot	90, 242	- M 16 K 89.2629	90, 242
Wirtschaftsberatung		= WPK-Mitt. 1990, 161	
- Berufsbild d. Steuerberaters	90, 94	Bayr. OLG v. 26.10.1987 - 4 St 164/87	90, 2
- bei Steuerberatung	90, 122	= StB 1989, 159	
BGH v. 25.1.1989 - VII ZB 32/88	90, 2	Bayr. OLG v. 31.1.1990 - RReg. 3 St 166/89	90, 242
= VersR 1989, 1167		= DB 1990, 678	
BGH v. 26.1.1989	90, 32	OLG Celle v. 20.9.1989 - 3 U 240/88	90, 3
= wistra 1989, 181		OLG Düsseldorf v. 6.10.1988 - 8 U 188/87	90, 50
BGH v. 13.7.1989 - VII ZR 223/88	90, 50	= VersR 1989, 850	
BGH v. 11.7.1989 - II ZB 5/88	90, 32	OLG Düsseldorf v. 15.12.1988 - 8 U 41/87	90, 156
BGH v. 24.8.1989 - I StR 329/89	90, 94	= VersR 1989, 286	
= wistra 1990, 98		OLG Düsseldorf v. 22.12.1988 - 8 U 15/88	90, 156
BGH v. 28.9.1989 - VII ZB 9/89	90, 32, 208	= VersR 1989, 287	
= VersR 1989, 1316		OLG Düsseldorf v. 13.7.1989 - 8 U 223/88	90, 32
= BRAK-Mitteilung 1990, 117		= VersR 1989, 1262	
BGH v. 16.10.1989 - II ZR 2/89	90, 242	OLG Düsseldorf v. 27.7.1989 - 12 U 226/88	90, 8
= DB 90, 213		OLG Düsseldorf v. 14.12.1989 - 10 W 109/89	90, 242
BGH v. 17.10.1989 - XI ZR 158/88	90, 73	= MDR 1990, 453	
= BB 89, 2438		OLG Düsseldorf v. 5.4.1990 -	
= EWiR § 145 BGB, 1/90, 549 (Gräfel)		18 U 244/89, rkr.	90, 135
= NJW 90, 808		OLG Düsseldorf v. 26.4.1990 - 18 U 16/90	90, 113
= NJW 90, 827		OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 - 18 U 216/89	90, 172
= WM 90, 188		OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 -	
= VersR 90, 97		18 U 243/89, rkr.	90, 115
BGH v. 6.11.1989 - II ZR 235/88	90, 231	OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 - 18 U 254/89	90, 192
= StB 90, 59		OLG Düsseldorf v. 10.5.1990 -	
BGH v. 8.11.1989 - IVa ZR 163/88	90, 157	18 U 205/89, rkr.	90, 138
BGH v. 4.12.1989 - AnwZ (B) 56/89	90, 242	OLG Düsseldorf v. 17.5.1990 - 18 U 4/90	90, 160
= BRAK-Mitteilung 1990, 114		OLG Düsseldorf v. 28.5.1990 - 18 U 206/89	90, 163
BGH v. 7.12.1989 - I ZR 3/88	90, 94	OLG Frankfurt v. 20.9.1988 - 11 U 15/88	90, 95
= Steuertelex 173/90		OLG Frankfurt v. 4.4.1989 - 14 U 231/87	90, 33
BGH v. 14.12.1989 - IX ZR 119/88	90, 51	OLG Hamm v. 15.6.1988 - 25 U 155/87	90, 57
BGH v. 12.1.1990 - IX ZR 245/88	90, 72	OLG Hamm v. 22.6.1988 - 25 U 198/87	90, 167
BGH v. 30.1.1990 - XI ZR 63/89	90, 82	OLG Hamm v. 14.6.1989 - 25 U 22/88	90, 101
= DSfR 90, 497		= StB 1990, 162	
= VersR 90, 534		OLG Hamm v. 23.6.1989 - 25 U 148/88	90, 72
= WM 90, 808			

OLG Hamm v. 26. 6. 1989 – 25 W 14/89	90, 106	LG Mannheim v. 25. 10. 1989	
OLG Hamm v. 5. 7. 1989 – 25 U 233/88	90, 53	– 9 O 117/89, rkr.	
OLG Hamm v. 30. 9. 1989 – 25 U 251/87	90, 36	= RPK U 64/90	90, 146
OLG Hamm v. 11. 11. 1989 – 25 U 25/88	90, 15	LG München v. 3. 10. 1988 – 26 O 12175/88	90, 156
OLG Hamm v. 6. 4. 1990 – 25 U 245/88	90, 247	= StB 1990, 24	
OLG Karlsruhe v. 24. 5. 1989 – 6 U 51/88		LG Münster v. 11. 9. 1989 – 3 a StL 10/89	90, 134
= StB 1990, 158	90, 18	= StB 1990, 163	
OLG Karlsruhe v. 30. 8. 1989 – 1 Ws 60/89	90, 87	LG Münster v. 15. 11. 1989 – 7 a StL 11/89	90, 178
= NStZ 1990, 82		= StB 1990, 238	
OLG Koblenz v. 28. 2. 1989 – 12 W 96/89	90, 59	LG Oldenburg v. 27. 8. 1984 – 13 O 864/84	90, 38
= VersR 1990, 41		LG Paderborn v. 19. 10. 1989 – 3 O 394/89	90, 40
OLG Koblenz v. 9. 6. 1989 – 2 U 1907/87	90, 2	LG Stuttgart v. 28. 2. 1989 – 17 O 602/88	90, 28
= NJW 1989, 2699		LG Stuttgart v. 12. 12. 1989	
OLG Koblenz v. 20. 11. 1989 – 1 W 489/89	90, 72	– 17 O 279/89 (rkr.)	90, 42
= vgl. auch OLG Düsseldorf AnwBl. 1987, 47		LG Würzburg v. 20. 10. 1989 – QS 323/89	90, 94
= AnwBl. 1984, 444		= wistra 1990, 118	
OLG Koblenz v. 16. 3. 1989 –		LG Wuppertal v. 6. 12. 1988 – 5 O 168/88	90, 47
5 U 1334/88, nrkr.	90, 119		
OLG Köln v. 9. 3. 1985 – 5 U 111/88	90, 198	BAG v. 27. 9. 1988 – 3 AZR 59/87	90, 169
OLG Köln v. 4. 10. 1989 – 2 U 13/89 rkr.	90, 72		
= DStR 1990, 45		AG München v. 13. 12. 1989 – 11 AR 4138/89	90, 242
OLG Köln v. 2. 11. 1989 – 7 U 95/89	90, 141	= BB 1990, 453	
OLG Köln v. 15. 2. 1990 – 5 U 212/89	90, 251		
OLG Köln v. 7. 3. 1990 – 11 U 208/89	90, 106	BFH v. 12. 5. 1987 – VII B 63/87	90, 50
OLG München v. 2. 5. 1989 – 21 U 2463/89	90, 208	= BFH NV 1988, 38	
= NJW 1990, 191		BFH v. 19. 1. 1989 – IV R 21/87	90, 32
OLG München v. 5. 5. 1989 – 14 U 646/88	90, 233	= NJW 1989, 2646	
= BRAK-Mitteilung 1990, 116		BFH v. 2. 6. 1989 – X R 5/85	90, 112
OLG München v. 12. 4. 1990 – 6 U 5905/89	90, 178	= BFH NV 1990/117	
(n. rkr.)		BFH v. 24. 7. 1989 – III R 83/88	90, 134
= BB 1990, 875		= BFH NV 1990, 248	
= DB 1990, 984		BFH v. 28. 2. 1990 – I R 144/87	90, 178
= EWiR § 28 BRAO 1/90, 573 (Kleine-Cosack)		= DStR 1990, 42	
OLG München v. 1. 6. 1990 – 14 U 843/89	90, 256	BFH v. 6. 4. 1990 – VII E 9/89	90, 235
OLG Saarbrücken v. 6. 6. 1989 – 7 U 95/89	90, 134	= BStBl 1990, 584	
= StB 1990, 162			
OLG Schleswig-Holstein v. 11. 1. 1990	90, 200	EG Berlin v. 17. 8. 1988 – 1 EG 10/88	90, 2
– 11 U 109/88		= RBeistand 1989, 55	
OLG Stuttgart v. 31. 3. 1989 – 9 U 234/88	90, 112		
= NJW-RR 1990, 473		FG Berlin v. 17. 1. 1989 – V 95/86	90, 208
OLG Stuttgart v. 23. 2. 1990 – 2 U 296/88	90, 261	= BRAK-Mitteilung 1990, 118	
		FG Hamburg v. 20. 7. 1989 – 1162/88	90, 94
OVG Hamburg v. 25. 7. 1989		= EFG 1990, 119	
– OVG Bf VI 64/86	90, 30	Nieders. FG v. 15. 6. 1990 – II 104/89	90, 208
= DStR 1989, 683		= EFG 1990, 172	
		FG Saarland v. 24. 5. 1989 – 2 K 214/86	90, 30
LG Duisburg v. 9. 11. 1989 – 9 O 97/88	90, 112	= DStR 1989, 719	
LG Köln v. 22. 6. 1988 – 20 O 5417/87	90, 126		
LG Köln v. 15. 2. 1989 – 171 StL 3/89	90, 30	Schreiben d. Bundesministers d. Finanzen	
= StB 1989, 335		v. 3. 4. 1990 – IV A 5/S 0062/5-90	90, 112
LG Köln v. 15. 2. 1989 – 171 StL 1/89	90, 30		
= StB 1989, 336			
LG Köln v. 22. 6. 1989 – 2 O 42/88	90, 131		
LG Köln v. 19. 10. 1989 – 2 O 71/89	90, 69		
LG Köln v. 30. 1. 1990 – 25 U 164/88	90, 143		
LG Köln v. 15. 5. 1990 – 86 O 61/90	90, 208		
= WPK-Mitteilung 1990, 157			

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.